



PRESSEMITTEILUNG – BERN 18. MAI 2009

Keine ausserordentlichen Lohnerhöhungen für die Verantwortlichen der Krise

Der Schweizerische Bankpersonalverband (SBPV) verurteilt die exzessiven Lohnerhöhungen, welche die UBS den Managern im Investmentbanking in den USA und in Grossbritannien zugesprochen hat. Nachdem die Bank ein Rekord-Defizit und eine massive Kündigungswelle in der ganzen Welt angekündigt hat, ist äusserste Zurückhaltung auf allen Ebenen und auf der ganzen Welt angebracht.

Nicht mit öffentlichem Geld

Die UBS wurde dank öffentlicher Gelder gerettet. Demzufolge wurden von der Finma Einschränkungen in der Lohn- und Bonuspolitik gemacht. Dass nun jedoch zugunsten des Top-Managements die Bonusreduktion mit einer durchschnittlich 50%-igen Lohnerhöhung wettgemacht werden soll, ist eine Provokation gegenüber der Bevölkerung und den Bankangestellten, welche nicht im Top-Management tätig sind.

Die von den Banken verursachte Finanzkrise hat als schmerzhafteste Konsequenz eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge. Und die daraus resultierenden staatlichen Defizite müssen nun von den Steuerzahlern und den Angestellten berappt werden.

Keine Lohnerhöhung bei Stellenabbau

Die UBS will weltweit mehr als 8'500 Stellen abbauen, davon 2'500 allein in der Schweiz. Die sozialen Auswirkungen dieser Massnahme sind sowohl für das Personal als auch für die Gesellschaft äusserst gravierend.

Um Kündigungen zu verringern, bietet die UBS den Angestellten die Möglichkeit, ihre Solidarität durch Arbeitszeitreduktion und entsprechende Lohnreduktion zu beweisen. Dies ist jedoch blanker Hohn, wenn gleichzeitig dem Top-Management, welches ohnehin schon einen sehr hohen Lohn bezieht, nun noch mehr geboten wird, und dies mit der Begründung, dass dies als Kompensation wegen der fehlenden Boni zu betrachten sei.

Der Markt hat versagt, nun sind koordinierte Massnahmen gefordert

Die Managerlöhne sind in den USA und Grossbritannien total ausser Kontrolle geraten. Der Markt ist offenbar nicht in der Lage, diese Exzesse zu korrigieren. Hier sind Massnahmen dringend notwendig. Alle Banken sollten sich zu ethischen Regeln verpflichten müssen, auch in der Lohnpolitik.

Denise Chervet

Zentralsekretärin SBPV

T 0848 000 885

M +41 79 408 92 40